
2826/J-BR/2011

Eingelangt am 14.04.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Bundesräte Martin Preiner, Christoph Kainz, Sonja Zwagl, Martina Diesner-Wais, Kurt Strohmayer-Dangl, Fritz Hensler, Mag. Bettina Rausch
Kolleginnen und Kollegen**

**an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Kahlschlag im ÖBB Schienen-Güterverkehr**

Die Rail Cargo Austria (RCA), das Güterverkehrsunternehmen der ÖBB, hat österreichweit per 12.12.2010 59 Bahnhöfe eingestellt und bei weiteren 76 Bahnhöfen den Fortbetrieb an besondere Vereinbarungen mit massiven Tarifierhöhungen geknüpft.

Niederösterreich ist von den Schließungen und Tarifierhöhungen besonders betroffen, da hier 26 Bahnhöfe geschlossen werden und bei 25 Bahnhöfen ein Frachtbetrieb nur mehr unter Sonderbedingungen zu massiv erhöhten Kosten möglich ist.

Besonders nachhaltig produzierende Wirtschaftszweige wie die heimische klein- und mittelbetriebliche Forst- und Holzwirtschaft, die Baustoffbranche sowie die traditionell in Niederösterreich stark vertretene Papierindustrie sind seit Jahren bemüht, auch die Transporte durch eine sinnvolle Kombination von Schiene und Straße so ökologisch wie möglich abzuwickeln. Der Gütertransport auf der Schiene spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

In Summe ist aus den kurzfristigen Maßnahmen der ÖBB mit einer spürbaren Verlagerung von Gütertransporten von der Schiene auf die Straße zu rechnen. Demnach werden österreichweit 7 Millionen Tonnen Güter von der Schiene auf die Straße verlegt, allein in Niederösterreich sind es 3 Millionen Tonnen.

Die geplanten jährlichen Preisanpassungen von 10 Prozent, also innerhalb eines Dreijahres-Zeitraumes von mind. 30 Prozent, verursachen für die Unternehmen enorme Kostensteigerungen.

Längerfristig ist mit weiteren Frachttariferhöhungen und Schließungen von Güterverladestellen zu rechnen. Dadurch werden sich die im europäischen Vergleich hohen österreichischen Frachtraten der Bahn an den europäischen Durchschnitt annähern, was einer Halbierung des bestehenden Bahnanteiles am Gütertransport gleichkäme. Dieser vollständige Rückzug der RCA aus der Fläche würde für Niederösterreich folgendes bedeuten: Verlagerung von 12 Millionen Tonnen Gütern von der Schiene auf die Straße.

Darüber hinaus ist der Güterverkehr für viele Regionalbahnen das Rückgrat, nach dessen Einstellung über kurz oder lange auch der Personenverkehr von der Einstellung massiv bedroht ist. Das wäre ein Kahlschlag für den Schienenverkehr in Niederösterreich mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung, die Umwelt und die Unternehmen.

Da die RCA zu 100% im Eigentum des Bundes steht, trägt die für diesen Verkehrsträger zuständigen Bundesministerin die verkehrspolitische Verantwortung für die Handlungsweisen der RCA.

Daher richten die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Wie verträgt sich die Geschäftspolitik der RCA mit dem wesentlichen verkehrspolitischen Ziel des Bundes, den Güterverkehr so weit wie möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern?
2. Welche Maßnahmen haben Sie als Eigentümervertreterin ergriffen, um dieser Geschäftspolitik der RCA entgegen zu wirken?

3. Welche Auswirkungen werden die skizzierten bereits eingetroffenen und in der Zukunft zu erwartenden Verkehrsverlagerungen auf die Verkehrssicherheit und die wesentlichen Klima- und Luftschadstoffe haben?
4. Wer wird die Verantwortung für allfällig finanzielle Auswirkungen einer derartigen Geschäftspolitik tragen?
5. Wird hier das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen?
6. Werden Sie im Raum stehende weitere Erhöhungen der Frachttarife als Eigentümerversprecherin zulassen?
7. Stimmt es, dass sich der Vorstand der RCA bereits mit weiteren Schließungen von Verladebahnhöfen per 31.12.2012 befasst hat?
8. Wie wird die absehbare Tarifpolitik der RCA im Vergleich zum Jahr 2010 aussehen?
9. Wie stehen Sie zur Geschäftspolitik der ÖBB Infrastruktur AG, regionale Bahnstrecken vorsätzlich derart stark zu vernachlässigen, sodass diese absehbar aus Sicherheitsgründen für Güter- und Personenverkehr unbenutzbar werden?
10. Was unternehmen Sie gegen derartige Tendenzen?